

Keine Staatsmedizin!

4. Nationaler Protesttag



Rund 12.000 Ärzte demonstrierten am 22. September 2006 auf dem Gendarmenplatz in Berlin.



Dr. med. Gisela Trübsbach (Bündnis Gesundheit 2000)
Dr. med. Johannes Baumann (KVS) und der Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze (v.r.)

Die Allianz der Freien Ärzteverbände, die Bundesärztekammer, die Landesärztekammern, die Kassenärztliche Vereinigung und das „Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen“ hatten die Ärzteschaft zur aktiven Teilnahme am 4. Nationalen Protesttag unter der Losung „Freiheit statt Sozialismus“ aufgerufen, um erneut ein Zeichen gegen Staatsmedizin zu setzen und die Bundesregierung an ihrer Verantwortung für ein freiheitliches Gesundheitssystem zu ermahnen.

In den Eckpunkten der „Gesundheitsreform“ geht es um eine Gleichschaltung aller Krankenkassen, den Abbau der privaten Krankenversicherung und den Aufbau einer gigantischen sozialistischen Staatsmedizin. Die versprochene Vergütung ärztlicher Leistungen in Euro und Cent entpuppt sich als Fortsetzung der bisherigen Budgetierung. Es bleibt bei der Unterfinanzierung des Gesundheitswesens.

Die Ärzte wollen ihren freien Beruf in Eigenverantwortung zum Wohle der Patienten ausüben und nicht als Büttel einer zentralistischen Staatsmedizin fungieren. Die deutsche Ärzteschaft wehrt sich vehement gegen jede Form von Staatsmedizin, gegen die Bürokratisierung, gegen eine

Bevormundung der Bürger und gegen ein unterfinanziertes Honorarsystem. Aus einem ehemals freiheitlichen Gesundheitswesen soll jetzt ein System entwickelt werden, in dem Patienten und Ärzte entmündigt werden.

Der vierte nationale Protesttag, am 22. November 2006 in Berlin, war ein großes beeindruckendes Ereignis der deutschen Ärzteschaft, die es erneut schaffte, solidarisch zusammenzustehen und zu handeln. Der Präsident der Bundesärztekammer, Herr Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, eröffnete die Protestveranstaltung auf dem Gendarmenmarkt vor 12.000 Teilnehmer mit folgenden Sätzen:

„Es geht hier und heute um die Systemfrage: Staatsmedizin oder Freiberuflichkeit? Es geht um unsere Freiheit als Ärztinnen und Ärzte, Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen zu treffen – unabhängig von den Erwartungen Dritter. Es geht um unsere Freiheit, Patienten individuell zu behandeln – und nicht nach den Vorgaben eines Instituts für Staatsmedizin. Und es geht auch um unser berufliches Selbstverständnis. Wir wollen Patienten bedarfsgerecht behandeln können, ohne dafür in Regress genommen zu werden“.

Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Gesundheitsreform bedeutet Rationierung, Fortschreibung der Budgetierung in der ambulanten Versorgung, Einschränkung der freien Arztwahl für Patienten, Verschärfung der Unterfinanzierung des Gesundheitswesens, Überbürokratisierung sowie Gefährdung der ambulanten medizinischen fachärztlichen Versorgung der Bevölkerung in Deutschland. Der schwarzroten Koalitionsregierung zeigte die solidarische Ärzteschaft bei der Abschlusskundgebung nach der Demonstration durch die Straßen im Zentrum Berlins lautstark mit Pfeifen, Trommeln und Posaunen die „Rote Karte“. Der Politik muss endlich klar werden, dass aus den anhaltenden Protesten ärztlicher Widerstand resultiert.

Die niedergelassenen Ärzte sind nicht länger bereit, die Unterfinanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung durch unbezahlte Mehrarbeit von mehr als 10 Milliarden Euro pro Jahr zu kompensieren und fordern erneut, die Budgets in der ambulanten ärztlichen Versorgung endlich abzuschaffen.

Prof. Dr. med. habil. Winfried Klug
Knut Köhler
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit